

Einleitung zur Verleihung des Hermann Kesten-Preises am 13.11.2014 in Darmstadt

Josef Haslinger, Präsident des PEN-Zentrums Deutschland

Bei der ersten Tagung des wiedererstandenen PEN-Zentrums Deutschland, im November 1948 in Göttingen, waren sich die Versammelten einig, dass die Schriftsteller den Spaltungstendenzen, die sich zwischen den westlichen Besatzungszonen und der sowjetischen Besatzungszone auftraten, entgegenwirken sollten. Es war dies durchaus im Sinne der PEN-Charta, der gemäß Literatur „auch in Zeiten innerpolitischer oder internationaler Erschütterungen eine allen Menschen gemeinsame Währung bleiben“ müsse. PEN-Mitglieder verpflichteten sich mit ihrer Unterschrift, „für das Ideal einer einigen Welt und einer in Frieden lebenden Menschheit zu wirken.“

Die Mehrheit der Autoren sprach sich auch noch zwei Jahre später, bei der Jahrestagung in Wiesbaden, dafür aus, ein gemeinsames deutsches PEN-Zentrum aufrecht zu erhalten, obwohl mittlerweile zwei deutsche Staaten existierten. Ein weiteres Jahr später, im Oktober 1951 – die Bundesrepublik Deutschland bestand mittlerweile seit zweieinhalb Jahren, die Deutsche Demokratische Republik seit zwei Jahren – kam es, wie es kommen musste. Auf der PEN-Jahrestagung in Düsseldorf beschloss eine Gruppe von 12 westdeutschen Autoren um Erich Kästner und Kasimir Edschmid ein eigenes PEN-Zentrum zu gründen. Sie trafen sich noch im selben Jahr zur konstituierenden Versammlung in Darmstadt.

Gegenüber dem ursprünglichen deutschen PEN-Zentrum, das in der Folge Bertolt Brecht zum Präsidenten wählte und seinen gesamtdeutschen Anspruch bis 1967 aufrecht erhielt, glich die Darmstädter Gruppe eher einem informellen Freundeskreis.

Ein wirklicher Aufschwung des westdeutschen PEN-Zentrums erfolgte erst ab 1970, als Heinrich Böll Präsident wurde und der PEN-Club, wie er damals noch hieß, seine Reihen für junge Autoren öffnete. Heinrich Böll wurde im Jahr darauf internationaler PEN-Präsident und erhielt im Folgejahr dann auch noch den Nobelpreis. Sein Nachfolger im Westdeutschen PEN-Club wurde erstmals ein Emigrant, Hermann Kesten.

Er war von 1940 bis 1942 für das „Emergency Rescue Committee“ tätig gewesen, das in New York gegründet worden war, um verfolgten Autoren die Flucht aus dem besetzten Frankreich zu ermöglichen.

Hermann Kesten half, Visa und Geld für die Schiffspassage nach Amerika zu beschaffen. Franz Werfel und Alma Mahler-Werfel, Hannah Arendt, Alfred Polgar, Lion Feuchtwanger, Heinrich und Golo Mann, Marc Chagall und

André Breton sind unter den Autoren, Künstlern und Intellektuellen, die mit Hilfe dieses Komitees dem Zugriff der Nazis entkommen konnten.

Unter Kestens Präsidentschaft war das westdeutsche PEN-Zentrum aktiv wie nie zuvor. In Resolutionen wurde Brandts neue Ostpolitik unterstützt, man kritisierte den Radikalenerlass, man ging jedem einzelnen Zensurfall nach und prangerte ihn an, und nicht zuletzt erinnerte man in Gedenkveranstaltungen immer wieder an die nationalsozialistischen Verbrechen. Ingeborg Drewitz, Axel Eggebrecht, Bernt Engelmann und Peter de Mendelssohn waren Vizepräsidenten, dem Beirat gehörten unter anderem Arnfried Astel, Martin Gregor-Dellin, Max von der Grün, Horst Krüger und Heinrich Böll an. Das war eine engagierte Truppe, die sich mit großer Vehemenz für Dissidenten einsetzte und die Regierungen der osteuropäischen Staaten, insbesondere die Sowjetunion für die Art, wie sie mit Andersdenkenden umgingen, kritisierte. Eine ihrer Solidaritätskampagnen galt Wladimir Bukowski, der wegen seines Versuchs, in der Sowjetunion das Buch „Die neue Klasse“ des jugoslawischen Dissidenten Milovan Đilas zu vervielfältigen, zunächst in eine psychiatrische Anstalt in Leningrad eingewiesen und danach zu sieben Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden war.

Heftig war auch der Protest gegen die Behandlung von Andrei Amalrik, der die mit Veröffentlichungsverbot belegten Werke der damaligen sowjetischen Avantgarde sammelte und in den eigenen Arbeiten am Theater des Absurden orientiert war. Die Verfolgung und Inhaftierung durch staatliche Behörden machte ihn immer mehr zum Menschenrechtsaktivisten. Es gelang ihm, den Bericht über seine Haft in sibirischen Gefängnissen in den Westen zu schmuggeln, allerdings zu dem Preis, dass er schließlich in einem der berüchtigten Arbeitslager an der Kolyma landete, von denen Warlam Schalamov, der insgesamt 17 Jahre dort verbracht hatte, ein großes literarisches Zeugnis abgelegt hat. Die Kolyma-Region, in der im Winter die Temperatur bis zu 60 Grad unter Null fällt, ist nach unseren Maßstäben unbewohnbar. Der Tod durch Arbeit wurde in dieser sowjetischen Variante eines Terrorsystems billigend in Kauf genommen.

Die damaligen Proteste waren hilfreich. Wladimir Bukowski wurde am 18. Dezember 1976 auf dem Flughafen von Zürich zusammen mit seiner Mutter gegen den von Pinochet gefangen gehaltenen chilenischen Kommunisten Luis Corvalán ausgetauscht. Und auch im Fall von Andrei Amalrik zeigten die vielen westlichen Proteste schließlich Wirkung. Am 17. Mai 1976 wurde ihm ein Ausreisevisum für Holland und Israel gewährt. Leider kam er nur vier Jahre später auf dem Weg zu einer Menschenrechtskonferenz bei einem Autounfall ums Leben.

Menschenrechte. Damit ist das Stichwort gefallen, unter dem sich die Aktivitäten des deutschen PEN-Präsidenten Hermann Kesten und seiner Mitstreiter zusammenfassen lassen. Und damit sind wir zu guter Letzt auch beim

diesjährigen Träger des nach Hermann Kesten benannten Preises, bei Wolfgang Kaleck angelangt. Es sind die Menschenrechte, die das Zentrum seiner Arbeit bilden. Menschenrechte, so will es die UNO-Charta und so will es die Europäische Konvention, sollen global gelten. Das ist der Anspruch, der völlig irrelevant wäre, wenn es nicht Menschen wie Wolfgang Kaleck gäbe, die versuchen, ihn durchzusetzen.

Unter der Präsidentschaft von Hermann Kesten unterstützte das PEN-Zentrum die von amnesty international gestartete Kampagne gegen Folter. Es ist zweifellos wichtig, die Öffentlichkeit gegen Folter zu mobilisieren. Aber das schafft sie noch nicht ab. Wolfgang Kaleck und das von ihm im Frühjahr 2007 gegründete European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) gehen einen Schritt weiter. Sie versuchen die Verantwortlichen für Folter zur Rechenschaft zu ziehen.

Es gibt nicht viele Anwälte seinesgleichen. Das hat gewiss auch damit zu tun, dass erst seit 2002, seit der Einführung des neuen Völkerstrafgesetzbuches für alle Menschenrechtsverbrechen das Weltrechtsprinzip gilt. Das heißt, es können Straftaten gegen international geschützte Rechtsgüter, wie zum Beispiel Verbrechen gegen die Menschlichkeit, heute in vielen Ländern verfolgt werden, egal wo und von wem sie begangen wurden.

Diese Regelung hat es Wolfgang Kaleck erlaubt, in Deutschland Strafanzeigen gegen den damaligen US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, CIA-Chef George Tenet und andere hochrangige Pentagon-Führungskräfte zu stellen. Es ging um die Folterung von 17 irakischen Insassen des Abu-Ghuraib-Gefängnisses und um die Folterung von Mohammed Al-Qahtani aus Saudi-Arabien im extraterritorialen Gefängnis von Guantánamo, ein Fall, bei dem sich eine direkte Befehlskette bis hinauf zu Donald Rumsfeld nachweisen lässt.

Rumsfeld drohte damals, seinen Besuch bei der Sicherheitskonferenz in München abzusagen. Der damalige Generalbundesanwalt Kay Nehm verwarf die Anzeige zwei Tage vor der Konferenz, mit der Begründung, die deutsche Justiz könne nur tätig werden, wenn die USA zur Strafverfolgung nicht fähig oder nicht willens seien. Dafür gebe es aber in diesem Fall keine Anhaltspunkte. Rumsfeld konnte die Reise nach München antreten. Ein UN-Sonderberichterstatter rügte Deutschland daraufhin für mangelnde Unabhängigkeit der Justiz. Eine Ermutigung für Wolfgang Kaleck, sich politisch nicht einschüchtern zu lassen und das herrschende Gesetz beim Wort zu nehmen.

Im Zuge der Anzeige gegen Donald Rumsfeld hat sich ein seltsamer Gegensatz von Menschenrechtsfragen und politischer Bündnistreue aufgetan, der zur ewigen Wiederholung verurteilt zu sein scheint. Wie es aussieht, lassen

die politischen Repräsentanten Deutschlands lieber ihr eigenes Handy abhören als denjenigen, dem sie die Aufdeckung dieser Unverschämtheit verdanken, vor Verfolgung zu schützen. Wenn Edward Snowden, der uns vor Augen geführt hat, wie sehr unser aller Menschenrecht auf Privatheit mit Füßen getreten wird, nun selbst die elementaren Menschenrechte vorenthalten werden, kann sich sein Anwalt Wolfgang Kaleck nicht über einen Mangel an Aufgaben beklagen.

Zur Zeit des deutschen PEN-Präsidenten Hermann Kesten haben sich in der Schlussakte von Helsinki die Menschenrechte als langfristig wirksamste politische Waffe des Kalten Krieges erwiesen. 25 Jahre nach dem Fall der Mauer sind die demokratischen Staaten dabei, ihr eigenes Vorführmodell zu diskreditieren. Was Aufgabe der politischen Kultur von Demokratien wäre, müssen nun Anwälte erkämpfen. Wolfgang Kalecks European Center for Constitutional and Human Rights hat viel zu tun. Abgesehen von Foltervorwürfen, nun auch gegen britische Soldaten, arbeiten Kaleck und seine Kollegen derzeit an Schriftsätzen zu Drohnenangriffen, zu Kriegsverbrechen und sexueller Gewalt in Sri Lanka, Ägypten, Bahrain, Kolumbien, Syrien, Tschetschenien, Usbekistan, zu Diktaturverbrechen in Argentinien und Chile und zur Unternehmensverantwortung von Firmen wie Nestlé, Lidl, Shell oder Rheinmetall.

Aber warum bekommt Wolfgang Kaleck ausgerechnet den Hermann Kesten-Preis, wurde ich neulich gefragt. Der werde doch „für besondere Verdienste um verfolgte Autoren im Sinne der Charta des Internationalen PEN“ vergeben. Darauf kann ich nur antworten: Wenn das, was Wolfgang Kaleck macht, erfolgreich beendet ist, wird auch die Verfolgung von Autoren zu ihrem Ende gekommen sein. Wolfgang Kaleck erhält den Hermann Kesten-Preis, damit wir irgendwann keinen Hermann Kesten-Preis mehr vergeben müssen.

Der diesjährige Hermann Kesten-Preis ist also auch als langfristige Sparmaßnahme für das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst zu sehen, das diesen Preis mit Geld ausgestattet hat.

Ich danke dem Ministerium und ich gratuliere Wolfgang Kaleck.